

Otto, Hans-Uwe

## Bericht über den Teil 2: Jugendberichte als Fixpunkte der Jugendhilfeforschung

*Benner, Dietrich [Hrsg.]; Lenhart, Volker [Hrsg.]; Otto, Hans-Uwe [Hrsg.]: Bilanz für die Zukunft: Aufgaben, Konzepte und Forschung in der Erziehungswissenschaft. Beiträge zum 12. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft vom 19. bis 21. März 1990 in der Universität Bielefeld. Weinheim ; Basel : Beltz 1990, S. 137-147. - (Zeitschrift für Pädagogik, Beiheft; 25)*



Quellenangabe/ Reference:

Otto, Hans-Uwe: Bericht über den Teil 2: Jugendberichte als Fixpunkte der Jugendhilfeforschung - In: Benner, Dietrich [Hrsg.]; Lenhart, Volker [Hrsg.]; Otto, Hans-Uwe [Hrsg.]: Bilanz für die Zukunft: Aufgaben, Konzepte und Forschung in der Erziehungswissenschaft. Beiträge zum 12. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft vom 19. bis 21. März 1990 in der Universität Bielefeld. Weinheim ; Basel : Beltz 1990, S. 137-147 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-224580 - DOI: 10.25656/01:22458

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-224580>

<https://doi.org/10.25656/01:22458>

in Kooperation mit / in cooperation with:

# BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

### Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.  
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.  
This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

### Kontakt / Contact:

**peDOCS**  
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation  
Informationszentrum (IZ) Bildung  
E-Mail: [pedocs@dipf.de](mailto:pedocs@dipf.de)  
Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)

Digitalisiert

Mitglied der  
  
Leibniz-Gemeinschaft

# Zeitschrift für Pädagogik

25. Beiheft

Zeitschrift für Pädagogik

25. Beiheft

# Bilanz für die Zukunft: Aufgaben, Konzepte und Forschung in der Erziehungswissenschaft

Beiträge zum 12. Kongreß der  
Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft  
vom 19. bis 21. März 1990  
in der Universität Bielefeld

Im Auftrag des Vorstandes herausgegeben von  
Dietrich Benner, Volker Lenhart und Hans-Uwe Otto

Beltz Verlag · Weinheim und Basel 1990

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

*Bilanz für die Zukunft: Aufgaben, Konzepte und Forschung in der Erziehungswissenschaft* : vom 19. bis 21. März 1990 in der Universität Bielefeld / im Auftr. des Vorstandes hrsg. von Dietrich Benner ... – Weinheim ; Basel : Beltz, 1990  
(Zeitschrift für Pädagogik : Beiheft ; 25) (Beiträge zum ... Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft ; 12)  
ISBN 3-407-41125-1

NE: Benner, Dietrich [Hrsg.]; Zeitschrift für Pädagogik / Beiheft;  
Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft: Beiträge zum ...

Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden.

Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder ähnlichem Wege bleibt vorbehalten.

Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopien hergestellt werden. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder benutzte Kopie dient gewerblichen Zwecken gem. § 54 (2) UrhG und verpflichtet zur Gebührenzahlung an die VG WORT, Abteilung Wissenschaft, Goethestr. 49, 8000 München 2, von der die einzelnen Zahlungsmodalitäten zu erfragen sind.

© 1990 Beltz Verlag · Weinheim und Basel

Satz: Satz- und Reprotechnik GmbH, 6944 Hemsbach

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Druckhaus Beltz, 6944 Hemsbach über Weinheim

Printed in Germany

ISSN 0514-2717

ISBN 3 407 41125 1

# Inhaltsverzeichnis

## I. Öffentliche Ansprachen

VOLKER LENHART .....	15
HANS SCHWIER .....	19
EWALD GIESE .....	23
KARL PETER GROTEMAYER .....	27
HANS-JÖRG KÖNIG .....	29
IOANNIS PIRGIOTAKIS .....	32

## II. Podien

WOLFGANG KLAFKI	
Bericht über das Podium: Pädagogik und Nationalsozialismus .....	35
HELMUT HEID	
Bericht über das Podium: Zur Situation der Erziehungswissenschaft ..	56

## III. Symposien: Berichte/Vorträge

DIETRICH BENNER/ULRICH HERRMANN/ECKHART KÖNIG/ JÜRGEN OELKERS/HELMUT PEUKERT/JÖRG RUHLOFF/ALFRED SCHÄFER/ HEINZ-ELMAR TENORTH/PETER VOGEL	
Symposion 1. Bilanz der Paradigmendiskussion .....	71
Symposion 2. Bilanz erziehungshistorischer Forschung: Pädagogik und Nationalsozialismus .....	93
CHRISTA BERG	
Vorbemerkungen: Intention und Begründung .....	93
JÜRGEN OELKERS	
Erziehung und Gemeinschaft: Eine historische Analyse reformpäd- agogischer Optionen .....	94

HEINZ SÜNKER	
Nationalsozialistische Herrschaftssicherung durch Sozialarbeit: Destruktion wohlfahrtsstaatlicher Ansätze und hilfepolitischer Diskurse in der „Volkspflege“ .....	98
DAGMAR REESE	
Frauen und Nationalsozialismus. Eine Forschungsbilanz .....	102
ANDREAS MÖCKEL	
Behinderte Kinder im Nationalsozialismus .....	105
SIEGLIND ELLGER-RÜTTGARDT	
Außerhalb der Norm. Behinderte Menschen in Deutschland und Frankreich während des Faschismus. Eine vergleichend-historische Studie .....	108
ROLF SEUBERT	
Berufsschule und Berufsbildungspolitik im Nationalsozialismus ..	112
MARTIN KIPP	
Betriebliche Berufserziehung im Nationalsozialismus und Bilanz zum Forschungsstand in ausgewählten „Sondergebieten“ .....	116
WOLFGANG KLAFFKI	
Typische Faktorenkonstellationen für Identitätsprozesse von Kindern und Jugendlichen im Nationalsozialismus im Spiegel auto- biographischer Berichte .....	119
Symposion 3. Bilanz der Jugendforschung .....	123
LUISE WAGNER-WINTERHAGER	
Bericht über den Teil 1: Jugendforschung als Zeitdiagnose .....	123 ✓
HANS-UWE OTTO	
Bericht über den Teil 2: Jugendberichte als Fixpunkte der Jugendhilfeforschung .....	137 ~
KLAUS BECK/ADOLF KELL	
Symposion 4. Bilanz der Bildungsforschung .....	149
Symposion 5. Bilanz der Erziehungswissenschaft in Europa .....	169
VOLKER LENHART	
Vorwort .....	169
CHARLES BERG	
Die Lage der Erziehungswissenschaft in Luxemburg. Versuch einer Bilanz .....	170 ✓

GWEN WALLACE	
Education as an academic discipline in Great Britain .....	178
JOANNIS PIRGIOTAKIS	
Überblick über die Pädagogische Wissenschaft in Griechenland ..	186
HANS-JÖRG KÖNIG	
Bilanz der Erziehungswissenschaft in der DDR: Befreiung aus der Bevormundung .....	193
VOLKER LENHART	
Die Situation der Erziehungswissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland .....	199
Symposion 6. Vergleichende Bildungsforschung: Erträge und Heraus- forderungen .....	207
RENATE NESTVOGEL	
Vorbemerkungen .....	207
WOLFGANG HÖRNER	
Lehrplanstrukturen und Hierarchisierung von Wissen: Ergebnisse vergleichender Forschung .....	210
GERO LENHARDT	
Über die religiösen Grundlagen bildungsökonomischer Theorien ..	215
CHRISTEL ADICK	
Moderne Schulentwicklungen in der sogenannten „Dritten Welt“ im Spannungsfeld von globalem Modell und regionalen Realisationsbedingungen .....	220
GOTTFRIED MERGNER	
Theoretischer und praktischer Zugang zu sozialgeschichtlichen Lernfeldern im interkulturellen Vergleich .....	225
PATRICK V. DIAS	
Kritik des idealtypischen Kulturvergleichs in der Erziehungs- wissenschaft im Kontext internationaler Machtstrukturen .....	231
Symposion 7. Zum Stand der Erforschung von Schulschwierigkeiten ..	237
PETER MARTIN ROEDER/MONIKA A. VERNOOIJ	
Einleitung .....	237
MONIKA A. VERNOOIJ	
Vergleichende Untersuchung zur sozialen Einstellung von Grund- und SonderschülerInnen (9–11jährige). Eine erste Teilauswertung	238

KARL HAUSSER/MAX KREUZER Identitätsaspekte bei der Diagnose der Lernentwicklung von Grund- und Sonderschülern .....	243
ULF HAEßBERLIN Die Situation von vergleichbar leistungsschwachen Schülern in Regelklassen und in Sonderklassen. Bericht über ein Forschungs- projekt .....	246
RUDOLF KRETSCHMANN Entwicklungsökologische Strategien zur Prävention und zum Abbau von Schulschwierigkeiten .....	249
ULRICH U. HERMANN Gegenkontrolle. Bericht über die Entwicklung eines Fragebogens .	252
DIETER THIEL/KARL-LUDWIG HOLTZ Modellüberlegungen zum Schulversagen auf informationstheore- tischer Grundlage .....	254
KARL-LUDWIG HOLTZ Informationsintegration und Schriftspracherwerb. Diskussion empirischer Befunde .....	257
UDO KULLIG/RALF SIEGER/FRIEDRICH MASENDORF Trainingsprogramm: Schriftliches Multiplizieren (Euro-Mulli) ...	259
DIETHER HOPF Schulschwierigkeiten ausländischer Kinder während der Migrations- zeit und nach der Rückkehr in die Heimat .....	262
HANS MERKENS Schulschwierigkeiten von Aussiedlerkindern .....	265
KURT AURIN Schwierigkeiten von Lehrern mit der Schule .....	267
HELMUT A. MUND Probleme der Schullaufbahnsteuerung an Gesamtschulen im Anschluß an die KMK-Regelung .....	270
Symposium 8. Emanzipation, Technik Geschlechterbildung: Bilanz der Probleme und Perspektiven in der Weiterbildung .....	275
EKKEHARD NUISSL Vorbemerkung: Mündigkeit als Machtfrage .....	275
PETER FAULSTICH/HANNELORE FAULSTICH-WIELAND Probleme der Technikbildung .....	276 ✕
CHRISTIANE SCHIERSMANN Berufliche Weiterbildung von Frauen. Problemanalyse und Forschungsfragen .....	283



VERENA BRUCHHAGEN	
Qualifizierung für die Praxis emanzipatorischer Frauenarbeit ....	290
ERHARD MEUELER	
Vom Teilnehmer zum Subjekt. Ist das Postulat der Mündigkeit im Lernen Erwachsener einlösbar? .....	295
Symposium 9. Bilanz der pädagogischen Tourismusforschung .....	303
KLAUS PETER WALLRAVEN	
Einleitung .....	303
FRANZ PÖGGELE	
Erlebnisreisen im Jugendtourismus .....	305
BÄRBEL SCHÖTTLER	
Abenteuer „Sport“. Sportabenteuer auch im Tourismus? .....	307
UWE UHLENDORFF	
Zur Gestaltung von Lebensthemen im Kontext lebendigen Erlebens – Erfahrungen aus einem erlebnispädagogischen Projekt .....	310
Ueli MÄDER	
Sanfter Tourismus zwischen Theorie und Praxis .....	313
ROLAND GÜNTHER/JANNE GÜNTHER	
Unser Konzept des multikulturellen Reisens – ausgedrückt in Reise- büchern: Volkstümlich – multiperspektivisch – multikulturell ....	316
WINFRIED RIPP	
Entziffern, was man sieht. Neue Konzeptionen der Stadtaneignung für Touristen und Einheimische – „Stattreisen Berlin“ .....	320
MARIE-LOUISE SCHMEER-STURM	
Berufsbild Reiseleitung und Gästeführung im europäischen Vergleich .....	323
GISELA WEGENER-SPÖHRING	
Wer lernt nichts auf Reisen? Massentourismus – von der Pädagogik vergessen .....	327
WOLFGANG NAHRSTEDT	
Von der Erlebnispädagogik zur Reisepädagogik. Defizite pädagogischer Tourismusforschung .....	331
IV. Andernorts veröffentlichte Kongreßbeiträge .....	337

hung auf Dauer nicht auf scheinbar stabile Traditionen rekurrieren; sie braucht vielmehr ein selbstreflexives Konzept.“

Tendenzen zu zynischen Ich-Konzepten lassen sich insbesondere für die Jugendlichen ausmachen, die einen „postkonventionellen Machiavellismus“ praktizieren. Ein machiavellistischer Jugendlicher sieht sich selbst als „souveräne kriegführende Macht“. „Die Menschen um sich herum sieht er gleichzeitig als solche souveränen Mächte an, mit denen er Bündnisse schließt oder die er bekämpft oder für das eigene Interesse einzuspannen sucht oder mit denen er konkurriert.“ Der jugendliche Machiavellist „steigt nicht in sein Inneres hinein, weiß nichts von Eigentlichkeit; er wechselt seine moralische Weste je nach Chancenkalkül (oder gibt vor, dies zu tun!) – und erreicht damit eine Provokation unserer moralischen Ordnung, für die er sich nicht verantwortlich fühlt, in die er sich nicht hineingenommen fühlt“.

Angesichts der Ambivalenzen solcher Arten von Postkonventionalität, die das genaue Gegenteil des KOHLBERG'schen Postkonventionalismus meinen, hält BAACKE eine Fixierung auf Jugendforschung, die in Faszination durch Jugendliche ab 16 erstarrt ist, für obsolet. Jugendforschung müsse eingeschränkt und ausgeweitet werden zugunsten einer „Lebenszyklusforschung, die nicht nur auf das Jugendalter starrt“. BAACKE forderte aus diesem Zusammenhang, die Erforschung der späten Kindheit als Zeit des Aufbaus konsistenter Ich-Strukturen zu intensivieren:

„Wenn die Ich-Aufbauten von Jugendlichen (übrigens beiderlei Geschlechts) derart Postkonventionalität anstreben, folgt daraus, daß pädagogische Reflexion und pädagogisches Handeln auf diesem Versuchsfeld verspätet sind und wenig zu suchen haben. Ich-Konstruktionen erfolgen aber auch anderwärts im Lebenszyklus. Forschung sollte sich daher stärker als bisher auf die Erziehungsakte und Bildungsprozesse bei Kindern und frühen Jugendlichen fokussieren – neben der Erziehung in früher Kindheit auf die Altersspanne zwischen 6 und 13 Jahren.“

#### *Anschrift der Autorin:*

Dr. Luise Wagner-Winterhager, Universität Hildesheim, Institut für Allgemeine Pädagogik, Marienburger Platz 22, 3200 Hildesheim

HANS-UWE OTTO

## Bericht über den Teil 2: Jugendberichte als Fixpunkte der Jugendhilfeforschung

Im zweiten Teil des Symposions „Bilanz der Jugendforschung“ ging es, übergreifend formuliert, um das Verhältnis von Jugend und Jugendhilfe im Kontext gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse. Diese komplexe Problemstellung sollte erstmalig anhand einer kritischen Einschätzung der Rolle und des Instruments der Ju-

gendberichte konkretisiert werden. Insbesondere sollte geprüft werden, inwieweit diese die von ihnen in bezug auf Wissenschaft, Politik und Praxis beanspruchte systematische und weiterführende Vermittlungsfunktion wahrnehmen. Eine solche Problemstellung bildet sich nicht nur in der personellen Zusammensetzung der Kommissionen der einzelnen Jugendberichte ab, sondern verdeutlicht sich auch in den Versuchen, Ergebnisse und Entwicklungsperspektiven so zu fokussieren, daß handlungs(an)leitende Einsichten gewonnen werden. Nun ist es sicherlich nicht so, daß dieses Optimum jedesmal erreicht wird. Dafür können sowohl interne als auch externe Gründe verantwortlich sein. Seit 1965 sind bislang acht Jugendberichte erschienen, die sich auf eine rechtliche Grundlage berufen können, die für die Bundesregierung eine bindende Verpflichtung darstellt. Gemäß § 25 Abs. 2 und 3 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt (JWG) hat die Bundesregierung dem Bundestag und dem Bundesrat in jeder Legislaturperiode einen Bericht über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe vorzulegen. Die Bundesregierung hat mit der Ausarbeitung der Berichte jeweils eine Kommission, der bis zu sieben fachkundige Persönlichkeiten angehören, zu beauftragen. Jeder dritte Bericht muß einen Überblick über die gesamte Jugendhilfe vermitteln. Gerade dieses war auch die Aufgabe des jüngst erschienenen 8. Jugendberichtes über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe (1990), nachdem der 6. Jugendbericht „Verbesserung der Chancengleichheit von Mädchen in der Bundesrepublik Deutschland“ (1984) und der 7. Jugendbericht „Jugendhilfe und Familie – die Entwicklung familienunterstützender Leistungen der Jugendhilfe und ihre Perspektiven“ (1986) zum Thema hatte. Die letzten allgemeinen Jugendberichte, der 5. (1980) und der 8. (1990), standen daher neben prinzipiellen Fragestellungen zum Verhältnis von Jugend und Jugendhilfe im Mittelpunkt der Diskussionen.

Mit den Jugendberichten ist ein Typus der Sozialberichterstattung gesetzlich verankert, der, unabhängig von seinen jeweiligen inhaltlichen Akzenten, zuerst einmal durch seine Kontinuität besticht, gleichwohl die wirkungsvollste Form in Darstellung und Vermittlung noch nicht gefunden hat. Es handelt sich um ein Instrument, an dem aber mit einer gewissen Deutlichkeit Entwicklungen abzulesen sind, die eine Grundlage für eine objektivierbare Bilanzierung des Verhältnisses von Jugend und Jugendhilfe bilden können. Welche Möglichkeiten hat die Jugendhilfe, die Jugend bei der Realisierung ihrer Ansprüche nach Selbstverwirklichung und Lebensqualität unter Verwendung der vorliegenden Erkenntnisse der Jugendforschung im gesellschaftlichen Diskurs zu stützen? Steht der Jugendhilfe mit den Jugendberichten ein relativ breiter Definitionsrahmen zur Einforderung einer als notwendig angesehenen Chancenstruktur für Kinder und Jugendliche zur Verfügung? Werden und wenn ja, wie werden in der Verknüpfung von jugendtheoretischen und problemanalytischen Sichtweisen sozialer Phänomene für die Jugend(hilfe)politik umfassende Verbesserungen der Lebensbewältigung für die nachwachsende Generation begründet?

Diese Leitfragen bildeten für alle ReferentInnen den Bezugsrahmen, in den sie dann ihre spezifischen Ausführungen stellten. Den Ausgangspunkt der Debatte bildete die Auseinandersetzung mit zwei Grundsatzfragen, die zunehmend an sozialer Dynamik gewinnen und eine sowohl ideologiekritische als auch Normalität begründende Korrektur vorgeblich gesellschaftlicher Grundmuster einforderten. Es han-

delte sich dabei zum einen um die Frage nach dem Geschlechterverhältnis in der Jugendhilfe, die von HELGA KRÜGER zum Ansatzpunkt für eine kritische Reflexion gewählt wurde, und zum anderen um die Familienorientierung der Jugendhilfe, eine zunehmend verhärtet geführte Auseinandersetzung, in der eine gewisse kontrafaktische Argumentationsqualität nicht übersehen werden kann, wie MARIA-ELEONORA KARSTEN verdeutlichte.

Die Geschlechterfrage in der Jugendhilfe ist mit dem 6. Jugendbericht grundlegend debattiert worden und hat erste Antworten gefunden. „Er analysiert die Geschlechterfrage als Wahrnehmungsbasis der Jugendhilfe, als Ausdruck des alle gesellschaftlichen Bereiche in Theorie und Praxis durchziehenden patriarchalischen Denkens, das hierarchische Beziehungsmuster zwischen den Geschlechtern fest schreibt, bzw. weibliche Individuen auf Zweitwertigkeit in den Aufmerksamkeitsrastern von Politik und Forschung, von Praxis und Lebensführung fest schreibt“ (KRÜGER). Der 6. Jugendbericht hatte sich die Aufgabe gestellt, die Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern als Aufgabe der Sozialpolitik zu begreifen und unter dieser Fragestellung die Situation von Mädchen in der Jugendhilfe umfassend zu beleuchten. Dabei zeigten sich Ergebnisse, die auf Lücken in der Forschung hindeuten. So werden die Statistiken in der Regel geschlechtsneutral aufbereitet und, wenn in der Jugendhilfe geschlechtsspezifische Daten vorliegen, dann sind es Daten über Jungen. Die Mädchen werden dann gewissermaßen errechnet. Neben dieser vorherrschenden Praxis fällt in der Jugendforschung auf, daß das „Normalkonstrukt Jugend“ sozusagen „geschlechtsneutral“ (KRÜGER) ist. Hiervon bleiben die Theorie und Praxis der Jugendhilfe nicht unberührt, wie die relative Blindheit der Jugendhilfepraxis gegenüber Wandlungsprozessen und Entwicklungsbegrenzungen im Geschlechterverhältnis signalisiert. Konzepte für männliche und weibliche Kinder, sowie die Frage nach männlichen und weiblichen Territorien und die Schwierigkeit von Grenzüberschreitungen in den koedukativen Gruppen z.B. werden von der Dominanz einer männlichen Sichtweise geprägt, eingebunden im Problem der fehlenden Chancengleichheit, das der 6. Jugendbericht als Strukturproblem geschlechtsspezifischer Arbeitsteilungen herausstellt, mit der Folge, wie HELGA KRÜGER betonte, daß nicht nur die Handlungschancen von Mädchen, sondern auch die der Jungen, erweitert werden müssen. Sie machte weiter darauf aufmerksam, daß die Kommission einen Jungenbericht forderte, der entsprechende Forschungslücken in der Kenntnis über die Jungensozialisation zu füllen hätte, um darüber auch einen neuen Zugang zu familiären Aufgaben zu weisen, indem eine „komplementäre Aufgabenerweiterung unter Veränderung der Aufmerksamkeitsraster weiblichem und männlichem Klientel gegenüber zu erreichen sei“ (KRÜGER).

Im folgenden verdeutlichen einige Auszüge aus dem Statement „Der geschlechtsspezifische Bias in den Jugendberichten“ die Grundposition von HELGA KRÜGER:

„Der 7. Jugendbericht setzt die Jugendhilfe in ihrer Beziehung zur Familie in den Mittelpunkt, unter Ausklammerung der Geschlechterfrage. Er thematisiert die Familie zwar als sozialpolitische ergänzungs- und hilfsbedürftige Institution, klammert aber die Analyse des Beitrags der Familienmitglieder zur Arbeitsleistung der Familie aus.

Der 7. Jugendbericht verschüttet den Geschlechterbias unter der klassischen Ar-

beitsteilung zwischen Sozialpolitik und Familie, zementiert damit implizit die klassische Geschlechterhierarchie und versucht, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, indem die Institution Familie unter Ausgrenzung veränderter Lebenslaufkonzepte der Personen als gegebene und bestehende tragfähige Basis der Jugendhilfe gesetzt wird. Sie muß an der Aufrechterhaltung der Familie höchstes Interesse zeigen, wenn sie sich als Feuerwehr bei defizienten oder fehlenden Familienleistungen versteht.

Während im 6. Jugendbericht – als eines der sozialstrukturellen Hindernisse für Chancengleichheit von Mädchen in der Bundesrepublik – der Arbeitsmarkt in den Blick genommen wurde, an dem sich Chancengleichheitsversprechen für Frauen brechen, zeigt sich aus dem Blickwinkel des 7. Jugendberichts ein anderes Strukturprinzip, das der Sozialpolitik. Finanzknappheiten verweisen die Sozialpolitik auf eine ihrer kostengünstigsten Rationalisierungsmöglichkeiten: die seit BERGER/OFFE bekannte ‚Dienstleistungsexternalisierung‘, d.h. die Rückverlagerung der bei blühenden Staatskassen und fehlenden Arbeitskräften finanzierten Dienstleistungen auf die Familie, die dann als ‚Reservearmee der Sozialpolitik‘ (KICKBUSCH/RIEDMÜLLER) erneut in die Pflicht genommen wird. Die Bastion, auf die die Sozialpolitik setzen muß, ist die Familie, – nicht: die Berufsfrau, sondern die Frau zu Hause.

Der 6. Jugendbericht unterstreicht durchaus, daß der Umgang mit ‚Problemmädchen‘ in Einrichtungen der Jugendhilfe jenseits der offenen Jugendsozialarbeit ganz andere Züge zeigt als die Vernachlässigung des ‚Normalmädchens‘ in der Jugendhilfe: Dort nämlich tradiert sich, so zeigt die Analyse, so etwas wie das Weiblichkeits- oder Familienmodell der Sozialpolitik, das auf geschlechtsspezifische Arbeitsteilung setzt und damit auf ein durch die Orientierung auf und Erhaltung der Familie bestimmtes Lebenslaufmuster für Frauen. In der Aufgabenzuweisung an Mädchen in Heimen dominieren Normalitätsvorstellungen, die die klassische weibliche Rolle in den Mittelpunkt rücken und die Abweichung von der für ein Frauenleben gelegten Norm, die zugleich die Heirat und Familiengründung als Sinngabe für eine weibliche Identität in den Mittelpunkt rückt, als zu korrigierendes ‚aus der Rolle fallen‘ sieht. Die theoretische Einordnung dieses Phänomens war nach dem 6. Jugendbericht das Theorem des ‚cultural lags‘ von OGBURNE. Es zeigt sich heute eher als Ergebnis der Eigenlogik der Sozialpolitik, mit der sie Zeichen der Zeit zurückdreht.

Der Grund für diese eigene Blindheit erscheint mir in einem anderen Paradigma der Jugendforschung zu liegen, nicht im Wahrnehmungsbias bezüglich der Geschlechterfrage. Er liegt m.E. in der weit verbreiteten Abspaltung der Analyse von Norm und Sozialstruktur. Wenn eine Beziehung zwischen Norm und Sozialstruktur hergestellt wird, dann in Form der sehr allgemeinen und auch im 6. Jugendbericht praktizierten Verbindung von normativen Mustern mit der der gesellschaftlichen Ungleichheit zwischen den Geschlechtern zugrundeliegenden geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung; in Analogie etwa zur Analyse der Ungleichheit zwischen den sozialen Schichten als Ergebnis sozialstruktureller Differenzierung. Ausgeklammert bleiben in der Regel jene Institutionen, die als intermediäre Vermittlungsinstanzen zwischen Norm und Struktur wirken. Bisher gänzlich vernachlässigt wurde der gesellschaftliche Tatbestand, daß in die Strukturen dieser Institutionen selbst kulturelle Traditionen eingelagert sind, die ihnen Eigensinn verleihen und den in

ihnen geronnenen Normen so etwas wie den Lebenslauf gestaltende Gewalt beimischen. Unter dieser Fragestellung nun eröffnet sich ein neuer Blick auf den Geschlechterbias in der Jugendhilfe.“

Im weiteren Verlauf der Debatte wurde von HELGA KRÜGER herausgearbeitet, daß die Norm der Chancengleichheit sich in der sozialpädagogischen und erzieherischen Arbeit durchzusetzen beginnt. Kindergarten und Schule, ja auch die Familie thematisieren die Chancengleichheit zunehmend als ihre Aufgabe, nicht zuletzt unter dem Druck der Frauenforschung, aber auch unter dem Druck des, wie HELGA KRÜGER hervorhob, „pädagogischen Verpflichtetseins auf Chancengleichheit als einem Grundwert der Demokratie“. Aber, so führte sie aus, „jene Institutionen der Sozialpolitik, die an der Aufrechterhaltung der Arbeitsteilung in der Erledigung sozialer Aufgaben zwischen Privatheit und Öffentlichkeit unmittelbar beteiligt sind, scheinen sich diesem Prozeß zu verweigern“.

Welche Konsequenzen sind nun aus diesen Einsichten und aus der Gegenüberstellung des 6. und des 7. Jugendberichts zu ziehen? Gerade die Diskrepanz zwischen der Möglichkeit der Orientierung an neuen Ergebnissen der geschlechtsspezifischen Jugendforschung in der Sozialpolitik und der mißlingenden Umsetzung des dort gelernten individuellen Lebenslaufes der Geschlechter in sozialen Dienstleistungen müsse für die SozialpädagogInnen dazu führen, wieder politischer zu werden, wenn sie ihren eigenen Erziehungsauftrag ernst nehmen wollen. Die Orientierung neuer Programme an den Inhalten, an den Subjekten allein genüge nicht, sondern die Sozialpolitik müsse strukturell politisch werden, um den sozialen Wandel in der individuellen Lebensführung durchsetzen zu können.

Mit dieser Diskussion war der Boden bereitet für die Auseinandersetzung über die „Familienbezüge in der Jugendberichterstattung“, die von MARIA-ELEONORA KARSTEN einer Analyse unterzogen wurden. Als Ausgangspunkt setzte sie dabei das Gesellschaftsmodell der Moderne mit seiner Balance zwischen privaten und öffentlichen Formen der Organisation des Lebens im Kindes- und Jugendalter als wohlfahrtsstaatliche Aufgabe. Familienbezüge, so ihre These, seien somit aus der Jugendhilfe und den Interventionsfeldern sozialer Arbeit nicht wegzudenken. Gleichwohl, und hierin bestand in der Diskussion Übereinstimmung, bleibt es problematisch, wenn in einem so strukturierten Ordnungsmodell des Sozialstaates keine direkte Rechtsbasis für die Gestaltung von Kinderleben vorgesehen ist, mithin der Vorrang der privat-familialen Lebensform nicht nur gestützt, sondern eingefordert wird. Nicht das Kind habe demnach Rechte, sondern die Personensorgeberechtigten, denen gegenüber dann aber die Gesellschaft sich als eine verpflichtende und kontrollierende, mindestens aber als eine überwachende geriere. Mit dem sich hieraus ergebenden Recht der Eltern, bei der Erziehung ihrer Kinder unterstützt zu werden, sind erhebliche Implikationen codifiziert, die sich gegenwärtig als Refamilialisierung und Reprivatisierung kennzeichnen ließen, und gleichzeitig zunehmend für viele die Perspektive eines Rückzugs des Staates aus seiner sozialstaatlichen Verantwortung markierten.

MARIA-ELEONORA KARSTEN formulierte u.a. folgende zentrale Thesen:

„(1) Die Entwicklung der Familienbezüge in der Jugendberichterstattung umfaßt drei große Phasen:

- Bis zum 5. Jugendbericht wurde der familienpolitische Bias spezieller und allgemeiner Berichte kaum thematisiert. Er war unproblematisch, selbstverständlich. Familienpolitik als Rahmenbedingung und normativer Bezug waren zwar durch Thesen zur ‚repressiven Familienpolitik‘ und durch die praktische Kritik in sozialen (Gegen)Bewegungen herausgefordert, bleiben aber letztlich davon unangefochten.
- Im 5. Jugendbericht verbanden sich die paradigmatische Neuorientierung, Jugendhilfe zukünftig als Sozialisationspolitik konzeptionell zu fassen, mit den Forderungen offensiver Jugendhilfepolitik zu einem modernisierungsoffenen Ansatz, der die Restrukturierung der Jugendhilfe leiten sollte. Als Voraussetzung für die Ausgestaltung einer offensiven Jugendhilfe galten Analysen zu den Lebensbedingungen unterschiedlicher Zielgruppen. Im Horizont und als Explikation dieser Zielsetzung kann der 6. Jugendbericht 1984 gelesen werden, der als ‚Mädchenjugendbericht‘ in die Diskussion einging. Mit diesem Bericht wurde der Typus einer deutlich forschungsorientierten Berichterstattung entwickelt.
- Die dritte Phase beginnt mit dem 7. Jugendbericht, in dem die christdemokratische Familienpolitik zum neuerlichen Orientierungspunkt der Jugendhilfe und Jugendhilfepolitik restauriert wird, nunmehr allerdings gegenüber der entwickelten Jugendhilfe einen Schub der Refamilialisierung einleitet. Diese Linie wird im 8. Jugendbericht 1990 fortgesetzt.

(2) Angesichts der unabwiesbaren Wandlungen familialer Lebensformen, des Verlustes privater Netze und der Entwicklung prekärer Lebensformen auf Dauer, ist die Hypostasierung der erzieherischen, sozialisatorischen und helfenden Potenzen der familialen Assoziationen der bloße Ausdruck der Intention, familiale-eheliche Lebensformen erneut zu installieren, aber auch einzufordern; zu einem Zeitpunkt, wo sich diese Lebensformen als unwiederbringlich darstellen, mindestens aber sich grundlegend neu formieren.

(3) Gegenüber diesen Anforderungen der Innovation, der Neuorganisation und Gestaltung von Interventionen in einem in Bewegung befindlichen Jugendhilfesektor, ist es fatal, wenn die Entwicklung familienpolitisch restriktiv vordefiniert wird. Dies kann nur zu Lasten der familienbildenden Personen gehen, und dies sind allen Erkenntnissen zufolge die Frauen, die Mütter und die Kinder. Die Diskussionen um die Entfaltung des Kindeswohls, die Verwirklichung der Charta der Kinderrechte, der die Bundesregierung beigetreten ist, und die Erfordernisse der Gestaltung von Lebensweisen im professionell-fachlichen Bereich der Sozialpädagogik werden sich angesichts der Restauration von Familialismen einmal mehr in Absetzung und Kritik der offiziellen Jugendpolitik entfalten müssen.“

In der anschließenden Diskussion wurde hervorgehoben, daß es für die Jugendberichterstattung zukünftig darauf ankommen müsse, sich nicht familialistisch zu beschränken. Stattdessen stellte sich die Aufgabe, die Erforschung und Konzipierung kinder- und jugendbezogener Strategien, Programme und Handlungsansätze auf fachlicher und politischer Ebene entschieden aufzugreifen und damit den gegen-

wärtigen dominanten Familienbezug in der Jugendhilfe zu relativieren und sie aus der gesellschaftspolitischen Instrumentalisierung einer übergreifenden Familialisierung zu befreien.

Mit der kritischen Erörterung des geschlechtsspezifischen Bias in der Jugendhilfe und den Familienbezügen in der Jugendberichterstattung waren zwei aktuelle Grundfragen thematisiert, an denen sich kontroverse Standpunkte zwischen Wissenschaft, Politik und professioneller Praxis festmachen lassen. Die Diskussion konnte gewissermaßen nur exemplarisch deutlich machen, welche Aufgabe hier zukünftig der Jugendberichterstattung zukommt und unter welchen Prämissen sie diese Auseinandersetzung aufzugreifen habe. Es zeigte sich aber auch, daß in den vorliegenden Berichten – und besonders seit dem 6. Jugendbericht – umfassendes Material für entsprechende Klärungsprozesse vorliegt, so daß für die Beantwortung der hiermit verbundenen Fragestellung nach dem Verhältnis von Jugend und Jugendhilfe erste Grundlegungen für eine weitergehende und produktive Klärung verfügbar sind.

Die nächste Diskussionsphase wandte sich dann zwei sogenannten allgemeinen Berichten zu, die im Gegensatz zum 6. und 7. Jugendbericht als übergreifende Berichterstattung zum Gesamthema zu kennzeichnen sind.

Der 5. Jugendbericht „Bericht über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe“ (1980) versucht, die einleitend skizzierte generelle Fragestellung anhand einiger beispielhafter Problemlagen von Kindern und Jugendlichen zu prüfen, deren Aktualität und grundsätzliche Bedeutung offensichtlich sind. Es handelt sich dabei um Situationen und Probleme von Kindern in ungünstigen Lebensverhältnissen, um Schulversagen, um berufliche und soziale Lebensperspektiven von Jugendlichen, Situationen von Kindern und Jugendlichen benachteiligter Sozialgruppen und schließlich um die Problematik der Partizipationsmöglichkeiten der heranwachsenden Generation. Die Analyse der Problemlagen ist jeweils so angelegt, daß sowohl der Prozeß der gesellschaftlichen Konstituierung und Thematisierung von „Jugendproblemen“ rekonstruiert wird, als auch die Rolle und Funktion von Jugendhilfe und Jugendpolitik bei der Bewältigung oder eben Nicht-Bewältigung der aufgezeigten Probleme. Als Ergebnis dieses Teils der Analyse kann festgehalten werden, daß die Bedeutung des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen sowohl generell als auch im Hinblick auf die erwähnten Gruppen schwieriger und problematischer geworden ist und daß die vorherrschenden politischen Maßnahmen, Einrichtungen und Lösungen kaum geeignet sind, die anstehenden Probleme zu lösen.

Im einzelnen führte THOMAS OLK u.a. aus, daß nicht erst im 8., sondern bereits im 5. Jugendbericht das Verlassen überkommener Modernisierungsutopien und Reformhoffnungen in systematischer Form zum Ausdruck komme:

„Während der 3. Jugendbericht, der 1972 veröffentlicht wurde – beim damaligen Entwicklungsstand der Jugendhilfe mit guten Argumenten – für eine Verfachlichung, Verwissenschaftlichung und Professionalisierung der Sozialpädagogik und für eine Ausdifferenzierung und Verfestigung eigenständiger institutioneller Strukturen eintritt, repräsentiert der 5. Jugendbericht bereits die Phase des Reflexivwerdens der bisherigen Institutionalisierungsrichtung öffentlicher Jugendhilfe. Die



Ambivalenz der Institutionalisierung, die Tatsache also, daß mit der Ausdifferenzierung eines Systems der Jugendhilfe positive wie auch negative Folgeeffekte verbunden sind, spiegelt sich in der Argumentation des 5. Jugendberichts wider. So wird auf der einen Seite – ganz in der Tradition der ‚offensiven Jugendhilfe‘ – der reaktiv-kompensatorische Charakter der Jugendhilfe beklagt; Jugendhilfe sei nicht in der Lage, die eigentlichen Ursachen mißlingender Sozialisation zu erreichen und vorbeugend tätig zu sein. Jugendhilfe habe als ausdifferenziertes Teilsystem der Gesellschaft nicht die Distanzierungs- und Reflexionskapazitäten, um nicht ständig aufs neue von den vielfältigen und steigenden Anforderungen überrollt zu werden; sie sei in vielen Fällen und zunehmend dazu gezwungen, die Folgen von Problemen aufzuarbeiten, die in anderen Bereichen der Gesellschaft (Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Familie, Schule und Berufsbildung) erzeugt würden.

Es wird darauf insistiert, daß Jugendhilfe ihre Aufgaben nur bewältigen kann, wenn sie sich nicht lediglich als Ausfallbürge für andere, eigentlich zuständige Sozialisationsbereiche mit eigenen Kompetenzen und Zugangsweisen verstehe. Insofern plädiert also auch der 5. Jugendbericht für eine Fortsetzung des Institutionalisierungsprozesses von Jugendhilfe. Dieser soll aber nicht länger mit den bisher verfolgten Mitteln erfolgen. Die Ziele einer Reform der Jugendhilfe, wie sie im Konzept der „offensiven Jugendhilfe“ formuliert worden sind, sollen also beibehalten werden, die Wege müssen sich aber ändern. Es gehe nicht ausschließlich um fachliche Qualifizierung, Professionalisierung oder administrative Problembewältigung, sondern um eine Verstärkung der Elemente von Partizipation, Beteiligung und Selbstorganisation der (potentiellen) Adressaten und um eine lebensweltorientierte Ausgestaltung der Einrichtungen und Interventionsformen.

Angemessene Perspektiven für die Zukunft sieht der 5. Jugendbericht daher also weniger in einem bloßen Ausbau der Jugendhilfe, wie er sich in einer Differenzierung, Spezialisierung und Vermehrung von Einrichtungen und Angeboten niederschlagen würde, sondern in einer ‚offenen Weiterentwicklung‘ der Jugendhilfe, die die Elemente der ständigen Überprüfung der Angemessenheit eingeschlagener Strategien, die Entwicklung flexibler Institutionalisierungsformen, die lokal und kleinräumig operieren können, sowie die Stärkung experimenteller Einrichtungen wie Selbsthilfeinitiativen, Ausbildungskollektive, selbstverwaltete Jugendzentren etc. einschließt.

Unter ‚alternativen Institutionalisierungsformen‘ versteht der 5. Jugendbericht

- die Fortentwicklung des Professionalisierungsprozesses in Richtung einer sozialpädagogischen Handlungskompetenz, die sich nicht vom Alltag der Betroffenen abgrenzt, sondern die Problemlösungsfähigkeiten und Sichtweisen der Adressaten ernst nimmt,
- die Dezentralisierung und Regionalisierung der Institutionen von Jugendhilfe sowie ihre Demokratisierung durch Fixieren von Partizipations- und Appellationsrechten für die Betroffenen und Teilnehmer der Jugendhilfe
- sowie schließlich die Förderung von Selbsthilfegruppen und selbstorganisierten Projekten.“

Die von THOMAS OLK für den 5. Jugendbericht herausgestellten sozialisationstheoretischen Prämissen eines Problemgruppenansatzes, der Jugend insgesamt als Randgruppe der Gesellschaft aufgefaßt hat, wurden in der Debatte als eine gelun-

gene Zeitdiagnose der Jugendberichterstattung hervorgehoben und in ihren Folgewirkungen ausführlich diskutiert. Dabei wurde deutlich, daß über die Anbindung an den historischen Kontext hinaus weitreichende Vorgaben für die Jugendhilfepraxis und ihre Institutionalisierungsformen gemacht wurden, die auch heute noch auf ihre Umsetzung warten. Der 5. Jugendbericht bietet somit auch ein gutes Beispiel für eine Wirkungsanalyse des jugend- und jugendhilfepolitischen Feldes.

Definiert der 5. Jugendbericht Jugendhilfe als Teil des gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses, so stellt der 8. Jugendbericht (1990) die Perspektive des Strukturwandels von Kindheit und Jugend stärker in den Mittelpunkt und damit die wachsende Bedeutung regionaler Unterschiede, Geschlechterungleichheiten und Unterschiede in der Lebenssituation von Alterskohorten etc. Damit rückt der Prozeß der gesellschaftlichen Differenzierung in den Vordergrund, der mit den Begriffen Individualisierung und Pluralisierung von Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen operationalisiert wird. „Gewohnte Lebensformen“, so HANS THIERSCH, der Mitglied der verantwortlichen Kommission war, „werden durch Individualisierungsprozesse gesprengt. Dies ist ein Problem für die Jugendhilfe, denn klassische Zielgruppenorientierungen greifen nicht mehr, tradierte Wertsysteme verlieren an Verbindlichkeit“. Aus diesem Überlegungskontext heraus wird als ein für die weitere Entwicklung von Jugendhilfe zentrales Strukturmerkmal die Handlungsmaxime „Prävention“ eingeführt. Darunter versteht der Bericht, daß die Aufgaben der Jugendhilfe in bezug auf „Verständnis und Stabilisierung lebenswerter Lebensverhältnisse zu akzentuieren“ sind. Dieses bedeutet innerhalb des Verbundsystems der Jugendhilfemaßnahmen eine Umgewichtung hin zu offenen, ambulanten, lebensweltorientierten Angeboten. In der Konsequenz führt die Handlungsmaxime der Prävention dazu, Jugendhilfe primär nicht auf die Reaktion gegenüber individuellen Tatbeständen festzulegen, sondern bei einer Veränderung ihres Leistungsangebots die Entwicklung zu einem regionalen Dienstleistungsangebot weiterzutreiben.

Verknüpfungen und Differenzierungen zum 5. Jugendbericht boten sich an und forderten die Diskussion vielfältiger und kontroverser Einschätzungen heraus. Dabei wurde ebenso auf die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit von Jugendberichten abgehoben und die Form ihrer Darstellung kritisch reflektiert wie auch eine Einschätzung ihrer Wirksamkeit für die Praxis der Jugendhilfe vorgenommen. Wie verhält es sich nun mit der Reichweite der Jugendberichte im Hinblick auf eine Veränderung der praktisch-professionellen Arbeit in der Jugendhilfe? Können Jugendberichte überhaupt, und unter welchen Voraussetzungen, wichtige Grundlagen für jugendpolitische Konzepte sein und langfristige Perspektiven für die Jugendhilfe vorgeben, und inwieweit ist es realistisch, über Alternativvorschläge neue Möglichkeiten für ein Jugendhilfesystem aufzuzeigen, das durch die Tradition des Subsidiaritätsprinzips in seiner Verbandsautonomie gestützt ist und Kooperationen eher erschwert denn erleichtert?

DIETER SENGLING führte „Zur Praxisrelevanz der Jugendberichte“ u.a. aus:

„Zum einen haben die Berichte jugendpolitische Konzepte bislang nicht erarbeitet, die in ihrer Eindeutigkeit den Rahmen für eine Jugendhilferechtsreform hätten geben können. Die Jugendberichte haben in der Reformdiskussion nur einen margina-

len Stellenwert gehabt. Zum einen fällt die Kritik an bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen unbefriedigend aus, zweifellos nicht zuletzt auch deshalb, weil die Kommissionen entsprechend des gesellschaftlichen Proporz zusammenge stellt werden und insofern immer wieder die Gefahr der Ausgewogenheit hervorbringen, die wenig Innovationsimpulse setzt, es sei denn, diese Kommissionen definieren sich als ‚Inseln jugendpolitischen Glücks‘. Dies belegen die sogenannten Alternativvorschläge, die in der Regel von allen Mitgliedern der Expertenkommissionen mitgetragen werden.

Bei aller Debatte über die Lage der Jugend und die notwendig zu planenden Maßnahmen bleiben die Struktur der Jugendhilfe und ihre wirkenden Normen in den Berichten weitgehend ausgeklammert, d.h., daß öffentliche und freie Träger der Jugendhilfe zum einen unterschiedliche Standpunkte im Hinblick auf die Einschätzung für eine zukünftige Jugendhilfe haben, daß zum anderen aber auch die einzelnen Verbände der freien Wohlfahrtspflege ihrerseits verschiedene Positionen vertreten und daraus alles in allem sich ein einheitliches Bild einer innovativ durchgestalteten Jugendhilfe nicht ergeben kann. So müssen zwangsläufig Jugendberichte ein gewisses Maß an Unverbindlichkeit enthalten.

Das Fazit aus dem bislang Vorgetragenen: Jugendberichte stellen ein politisches Alibi dar. Sie führen weder zu einer durchgreifend kritischen Auseinandersetzung mit den Wirklichkeiten der Jugendhilfe noch waren und sind sie in der Lage, innovative Perspektiven zu entwickeln, aus denen heraus sich naturgemäß Konsequenzen ableiten ließen. Die Tatsache, daß während der Jugendhilfereformdebatte sechs Jugendberichte formuliert worden sind, ohne daß erkennbar wurde oder wird, in welcher Weise sie diese Reformdiskussion bereichert haben, belegt diese Behauptung. Gerade auch der 8. Jugendbericht macht deutlich, daß er möglicherweise in seinen inhaltlichen Ausführungen aus fachlicher Sicht heraus Zustimmung finden muß, daß er aber bedeutungslos bleibt, sieht man sich das Kinder- und Jugendhilfegesetz an, das diesem Anspruch eben nicht gerecht wird. Das Schwierige ist, daß sich auf der einen Seite hier eine hochentwickelte Fachlichkeit wiederfindet, die politisch reflektiert Perspektiven für eine offensive Jugendhilfe aufweist, daß auf der anderen Seite aber die politischen Einschätzungen, Ideologien und angeblichen Finanzzwänge die Klugheit des Jugendberichts konterkarieren. Ich sage dies nicht nur als Fachvertreter der Jugendhilfe, sondern auch als Vorsitzender eines der großen Wohlfahrtsverbände. Immer wieder erlebe ich, wie das Vernünftige für eine an den Lebenslagen junger Menschen orientierte Jugendhilfe aufgehoben wird durch Interessen der Verbände, die aus vielfältigen Quellen gespeist werden, nicht zuletzt auch aus Ideologischem. Wenn es also um die Frage der Praxisrelevanz der Jugendberichte geht, sollten sie als wichtige Einmischungsbeiträge verstanden, sie immer wieder in die politische Diskussion eingeführt, sie aber auf gar keinen Fall überschätzt werden.

Natürlich haben die Jugendberichte auch eine Bedeutung für die unmittelbare Praxis insofern, als engagierte Vertreterinnen und Vertreter in den Jugendämtern und bei den Verbänden versuchen, Argumentationsaspekte im Rahmen der örtlichen Ausgestaltung von Jugendhilfe zu gewinnen. Aber auch hier zeigt sich ein Strukturproblem, das banal erscheinen mag, das aber praktisch sehr durchschlagend ist: Der Verteiler der Jugendberichte sieht vor, daß sie alle Ebenen, d.h. Landes- und Kommunalebene sowie die Verbände erreichen, aber faktisch dort nur die jeweili-

gen Leitungsspitzen. Nicht sichergestellt ist, daß und welches Material in die konkret gestaltende Praxis hineingegeben wird, zumal, weil Jugendberichte Beunruhigungen auch politischer Art auslösen können, weil sie unbequeme Diskussionen auszulösen vermögen.“

Die Schlußdebatte war durch die Fragestellung geprägt, welche Konsequenzen sich aus den bisherigen Erfahrungen mit den Jugendberichten für Wissenschaft, Politik und Praxis der Jugendhilfe ergeben. Gerade ihre nicht eindeutige Festlegung auf die Standards eines dieser Teilbereiche beinhaltet Vor- und Nachteile. Die Möglichkeit einer vielfältigen Funktionalisierung führt zu Diffusionen und läßt Profilierungen nur schwer zu. Es bleibt zu klären, ob Jugendberichte mehr Rechenschaftsberichte über Leistungen und Aufgabenfelder der Jugendhilfe sein sollen und damit besonders Auffassungen der Jugendhilfepraxis markieren oder ob sie als sozialwissenschaftliche Forschungsberichte zu konzipieren sind, die mit einem durchgehend kritischen Akzent der Aufdeckung und Aufklärung Modellentwicklungen und Alternativen gesellschaftlicher Praxis für die Jugendhilfe aufzeigen. Das Theorie-Praxis-Problem der Jugendhilfe bildet sich, wenngleich vor einem anderen Hintergrund hier wieder ab und führt zu den bekannten Kontroversen über die Durchsetzung grundsätzlicher Veränderungen auf dem wichtigen Sektor des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen. Die in der Diskussion geleistete Präzisierung einer Vielzahl weithin klärungsbedürftiger Fragen über Modalitäten und Leistungsgrenzen von Jugendberichten legt als ein Ergebnis dieses Bilanzierungsversuches nahe, sich intensiver als bisher der Jugendberichterstattung als einer gesetzlich verankerten Chance professioneller Reflexion und Einflußnahme zuzuwenden. Dieses ist in erster Linie eine Anfrage an den Fachdiskurs und in zweiter Linie eine Auseinandersetzung mit der auftraggebenden Politik.

In der Sache selbst stellen die vorliegenden Jugendberichte und – was die Fachdebatte allzu wenig mitprägt und in der Rezeption häufig entkoppelt wird – die Vielzahl der sie begleitenden Expertisen eine erhebliche Substanz für die Entwicklung einer modernen, perspektivenreichen Jugendhilfe dar, die sich an den sich verändernden Lebenslagen von Kindern und jungen Menschen zu orientieren hat. Diese Einsichten, die von allen TeilnehmerInnen des Symposions weitgehend geteilt wurden, sind Anlaß genug, die Jugendberichte in ihrer Geschichte, ihrer Funktion und in ihren Aussagen nicht nur als hervorragende Fixpunkte für eine Bilanz, sondern darüber hinaus stärker als ein aktivierendes Instrument für die Jugendhilfeforschung zu betrachten, deren Voraussetzungen es zu sichern gilt.

*Anschrift des Autors:*

Prof. Dr. Hans-Uwe Otto, Universität Bielefeld, Fakultät für Pädagogik, Postfach 8640, 4800 Bielefeld 1